

GEA-Kandidatencheck zur Bundestagswahl 2017: Die sechs Kandidaten der aussichtsreichsten Parteien in den Wahlkreisen Reutlingen und Tübingen beantworten im Wechsel Fragen zu wichtigen Themen, die im Wahlkampf diskutiert

werden. Wohnungsbau, prekäre Arbeitsverhältnisse, Aufwertung der Pflegeberufe sind Stichworte, zu denen die Politiker Stellung nehmen. Heute sind die Tübinger Kandidaten an der Reihe. Es geht um soziale Gerechtigkeit



Mehr als nur Almosen: Bei der Frage nach sozialer Gerechtigkeit geht es nicht nur um Materielles, sondern um die Möglichkeit zur Teilhabe am Leben in der Gesellschaft.

FOTO: DPA

Für ein gerechtes Geben und Nehmen

KREIS TÜBINGEN. Der 20. Februar ist Welttag der Sozialen Gerechtigkeit, zum ersten Mal begangen von der UN-Generalversammlung im Jahr 2009. Was soziale Gerechtigkeit überhaupt ist, darüber hat sich in der Antike schon der griechische Philosoph Aristoteles den Kopf zerbrochen. Mittlerweile haben es ihm viele nachgetan, ohne aber zu einem allseits akzeptierten Ergebnis zu kommen. Soziale Gerechtigkeit – darunter stellt sich jeder etwas anderes vor.

Im aktuellen Wahlkampf spielt das Thema wieder eine große Rolle. Wirtschaftlich geht es Deutschland im

Moment insgesamt gut, aber nicht alle Menschen profitieren davon. Die Vermögen klaffen immer weiter auseinander, und selbst Arbeit ist kein Schutz vor Armut. Nach dem »Armuts- und Reichtumsbericht« der Bundesregierung lebten im Jahr 2015 etwa acht Millionen Menschen am Existenzminimum. Jeder zehnte Einwohner war in irgendeiner Form auf eine Sozialleistung angewiesen, und daran dürfte sich seither nicht viel geändert haben. Ist das gerecht?

Die Diskussion über Managergehälter ist vor diesem Hintergrund nicht mehr als ein Nebenkriegsschauplatz. Aber was soll

»die Politik« tun? Soll sie aktiv umverteilen? Soll sie die Chancen des Einzelnen verbessern, sich am eigenen Schopf aus dem Sumpf zu ziehen?



Den Begriff nur auf das Materielle zu beschränken, wäre allerdings sehr kurz gegriffen. Wie viele Facetten die Forde-

rung nach sozialer Gerechtigkeit hat, ist den Antworten der Kandidaten zu entnehmen. Es geht um die Möglichkeit zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, für die, die weniger haben oder weniger leisten können. Es geht um ein Leben in Würde und um die Würdigung von Lebensleistungen. Es geht um den gerechten Ausgleich zwischen den Interessen von Mann und Frau oder von Jung und Alt. Es geht um Bildung: Ist es gerecht, dass Erfolg in der Schule und damit die Startchancen ins Leben oft noch abhängig sind vom Geldbeutel der Eltern?

Dass Menschen, die benachteiligt

sind, Unterstützung erfahren, ist ein Grundprinzip unseres Sozialstaats. Aber wann wem geholfen werden soll und vor allem wie, ist zwischen den Parteien durchaus umstritten. Ist die Absicherung gegen Armut gerecht? Sind die Systeme, die im Falle von Krankheit helfen sollen, gerecht? Was ist mit der Absicherung im Alter? Wird die Kindererziehung gebührend gewürdigt?

Wie eine sozial gerechte Gesellschaft geschaffen werden kann, darüber gehen die Meinungen auseinander. Die in unserer Umfrage unterschiedlich konkret formuliert werden. (GEA)

Soziale Gerechtigkeit: ein viel zitierter, aber sehr unterschiedlich ausgelegter Begriff. Wie definieren Sie ihn?



Annette Widmann-Mauz (CDU)

Soziale Gerechtigkeit ergibt sich für mich aus dem christlichen Menschenbild, das Freiheit, Eigenverantwortung und Solidarität miteinander vereint. Darauf fußt unsere soziale Marktwirtschaft, nach der starke Schultern mehr als schwache tragen und die Chancen für jeden öffnet.

Der großen Mehrheit in Deutschland ging es noch nie so gut wie heute. Die kleineren und mittleren Einkommen sind von 2012 bis 2016 um fast 15,4 Prozent gewachsen. Seit 2014 haben die Renten bei uns um gut 10 Prozent zugelegt. Dank der Rekordbeschäftigung haben Jugendliche beste Zukunftschancen! Sozial gerecht, heißt für mich die Sicherung der Lebensleistung der Menschen von heute. Dafür werden wir, neben mehr Kindergeld- und Kinderfreibeträgen, die Einkommensteuer für alle um gut 15 Milliarden Euro senken. Zugleich streben wir Vollbeschäftigung an, damit noch mehr Menschen vom Aufschwung profitieren. Klar ist auch: In einer sich verändernden Welt gibt es keine soziale Sicherheit ohne Innovationen. Neben konsequentem Schuldenabbau investiert die CDU darum massiv in Bildung und Forschung sowie in modernste Verkehrs- und Digitalnetze. So sichern wir die Arbeitsplätze der Zukunft und damit den Wohlstand von morgen.



Martin Rosemann (SPD)

Alle Menschen können unabhängig von Herkunft, Hautfarbe oder Geschlecht gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen und ihr Leben nach eigenen Zielen und Wünschen ausrichten. Nicht die soziale Lage entscheidet über den Lebensweg, sondern die eigenen Talente und Fähigkeiten. Daher will die SPD kostenfreie Bildung von der Kita bis zum Hochschulabschluss oder Meister und Weiterbildungschancen im Arbeitsleben.

Arbeit ist mehr als das Erwirtschaften von Gewinnen oder die Sicherung der eigenen Existenz. Arbeit gibt Selbstachtung und das Gefühl, gebraucht zu werden. Die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit ist daher ganz zentral für mehr soziale Gerechtigkeit. Gute Arbeit muss gut bezahlt sein und anständige Bedingungen erfahren. Wer sich in die Gesellschaft einbringt und zum gesellschaftlichen Wohlstand beiträgt, muss an diesem Wohlstand teilhaben können.

Soziale Gerechtigkeit beinhaltet einen Sozialstaat, der die großen Lebensrisiken – Krankheit, Arbeitslosigkeit, Alter und Pflegebedürftigkeit – solidarisch absichert und die Beschäftigten schon während des Arbeitslebens unterstützt.

Öffentliche Aufgaben werden durch gerechte Steuern nach der individuellen Leistungsfähigkeit finanziert.



Chris Kühn (Grüne)

Soziale Gerechtigkeit ist weit mehr als die Verteilung von Einkommen und Vermögen. Soziale Gerechtigkeit hat viele Aspekte. Für mich ist soziale Gerechtigkeit zum Beispiel die Frage von Geschlechtergerechtigkeit. Dass Frauen heute immer noch 21 Prozent weniger verdienen als Männer ist eine himmelschreiende Ungerechtigkeit.

Außerdem können viele Menschen nicht an unserem Gemeinwesen teilnehmen. Wir brauchen deutlich mehr Teilhabegerechtigkeit für Menschen mit Behinderung oder für Menschen, die eine andere Herkunft haben.

Aber Gerechtigkeit beinhaltet auch Generationengerechtigkeit, also die Frage, wie zukünftige Generationen auf diesem Planeten noch leben können. Und es geht letztlich um internationale Gerechtigkeit, den Ausgleich zwischen den reichen Ländern des Nordens und den armen Ländern des Südens. Auch dort müssen positive Entwicklungen stattfinden und Fluchtursachen bekämpft werden.

Und vor allem braucht Gerechtigkeit auch Solidarität und bürgerschaftliches Engagement. Soziale Gerechtigkeit geht uns alle an und nicht nur die Politik.



Christopher Gohl (FDP)

Sozial gerecht ist eine Gesellschaft, wenn jeder einzelne Menschen echte Chancen hat, das Leben nach eigenen Vorstellungen zu leben. Die Lotterie der Geburt und die Armut oder der Reichtum des Elternhauses dürfen also nicht den Platz im Leben zementieren. Die schlimmste Ungleichheit ist deshalb die Ungleichheit der Chancen.

Grundlage der sozialen Gerechtigkeit sind also faire Startchancen durch Bildung und faire Einstiegschancen in den Arbeitsmarkt. Deshalb sind weltbeste Bildung ab der Kita über die duale Ausbildung bis zur Hochschule sowie eine starke Wirtschaft mit guten Arbeitsplätzen liberale Prioritäten.

Dann gehört Leistungsgerechtigkeit zur sozialen Gerechtigkeit: Leistung soll sich lohnen. Ebenso Belastungsgerechtigkeit: Kleinere und mittlere Einkommen dürfen nicht überdurchschnittlich belastet werden. Also weg mit der kalten Progression, bei der der Staat die inflationsbedingten Lohnsteigerungen einfach abschöpft.

Letztlich: Wer in Not kommt, dem soll nach seinen Bedürfnissen geholfen werden! Unsere Grundsicherung heißt Bürgergeld. Sie befreit von Existenzangst und muss kommen.



Dubravko Mandic (AfD)

Soziale Gerechtigkeit wird gerne als sozialistischer Kampfbegriff missbraucht. Vom Grundsatz her geht es um Solidarität in der Gemeinschaft. Über Klassen- und Bildungsschranken hinweg muss das gemeinsame Ziel verfolgt werden, die Lebensqualität aller Deutschen in Deutschland zu verbessern. Hierzu gehört die Förderung der Leistungsträger wie auch die Unterstützung Armer und Schwacher.



Heike Hänsel (Linke)

Menschen müssen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft den gleichen Zugang zu Bildung, Kultur und ein Leben in Würde haben, dies muss ein Sozialstaat für alle garantieren. Dies ist für immer mehr Menschen aber nicht gegeben. Reichtum wächst in Deutschland und produziert immer mehr Armut. Die reichsten zehn Prozent besitzen weit mehr als die Hälfte des gesellschaftlichen Reichtums, die untere Hälfte der Bevölkerung besitzt gerade mal ein Prozent.

Wir wollen ein Steuersystem, bei dem die Spitzenverdienenden und Vermögenden mehr zahlen und Normal- und Geringverdienende entlastet werden. Wir wollen Armut beseitigen sowie gute Arbeit und soziale Sicherheit. Dazu müssen zusätzliche, gut bezahlte und tariflich abgesicherte Arbeitsplätze geschaffen werden – statt Minijobs, Leiharbeit und unfreiwilliger Teilzeitarbeit.

Wer erwerbslos ist, darf nicht in Armut gedrängt werden. Hartz IV bedeutet Armut per Gesetz. Deshalb fordern wir eine solidarische Mindestsicherung von 1 050 Euro statt Hartz-IV-Schikane. Wir wollen einen öffentlichen Beschäftigungssektor für Menschen schaffen, die derzeit keiner regulären Beschäftigung nachgehen können. Das sind drei Voraussetzungen für ein sozial sicheres Leben und Arbeiten.